

Editorial

Der Preis des Kriegs

Russlands Krieg gegen die Ukraine wird die ganze Welt teuer zu stehen kommen. Der Krieg hat bereits Tausende Todesopfer gefordert und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben. Neben dieser humanitären Katastrophe zeichnen sich auch erhebliche wirtschaftliche Verwerfungen ab. Der Aufschwung, der nach zwei Jahren Pandemie gerade begonnen hatte, ist nun in Gefahr. Da Russland und die Ukraine wichtige Rohstoffexporteure sind, haben wegen des Kriegs die Energie- und Nahrungsmittelpreise stark angezogen. Dies hat vielen Menschen weltweit das Leben bedeutend erschwert.

Wie sehr der Konflikt das Wachstum verringern und die Inflation steigern wird, hängt vom weiteren Kriegsverlauf ab. Klar ist jedoch, dass die Ärmsten am meisten darunter leiden werden. Dieser Krieg hat einen hohen Preis, und alle werden einen Teil der Lasten tragen müssen.

Die Weltwirtschaft wird sich unseren Projektionen zufolge erheblich abschwächen. Für 2022 erwarten wir nur noch ein Wachstum von 3 % – deutlich weniger als die 4½ %, von denen wir im vergangenen Dezember ausgegangen waren. Für 2023 rechnen wir mit 2¾ % Wachstum. Die Inflation in den OECD-Ländern dürfte 2022 fast 9 % erreichen. Dies stellt eine Verdoppelung gegenüber unserer vorherigen Projektion dar. Die hohe Teuerung schmälert weltweit die verfügbaren Realeinkommen und den Lebensstandard der privaten Haushalte und drückt den Konsum. Die Unsicherheit hält Unternehmen von Investitionen ab und droht somit das Angebot auf Jahre hinaus zu reduzieren. Gleichzeitig wird die globale Konjunktur-entwicklung weiter durch Chinas Null-Covid-Politik belastet, die das Wachstum im Inland bremst und die globalen Lieferketten aus dem Takt bringt.

Da die Abwärtsrisiken überwiegen, könnte der Preis des Kriegs letztlich sogar noch höher ausfallen. Der Konflikt beeinträchtigt den Handel mit Grundnahrungsmitteln und Energie. Dies sorgt weltweit für höhere Inflation und stellt insbesondere für Niedrigeinkommensländer eine Gefahr dar. Die europäischen Volkswirtschaften streben danach, sich aus der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu befreien. Da aber die Versorgung aus anderen Energiequellen möglicherweise nicht schnell genug ausgebaut werden kann, drohen Preissteigerungen oder sogar Engpässe. Sollte der Krieg eskalieren oder länger andauern, würden sich die Aussichten verschlechtern, vor allem für Niedrigeinkommensländer und für Europa.

Um diesen verheerenden Konflikt schneller zu beenden, müssen Russlands Möglichkeiten zur Finanzierung des Kriegs beschnitten werden, was u. a. mit einem Embargo für russische Ölexporte erreicht werden soll.

Unterdessen müssen wir die humanitären, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen eindämmen.

Erstens muss unbedingt eine Ernährungskrise verhindert werden. Die heutige Getreideproduktion reicht zwar aus, um die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren, aber die Preise sind sehr hoch und es besteht das Risiko, dass das Getreide nicht dorthin gelangt, wo es am dringendsten gebraucht wird. Internationale Zusammenarbeit ist unabdingbar, um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu bezahlbaren Preisen sicherzustellen, insbesondere in Niedrigeinkommensländern und aufstrebenden Volkswirtschaften. Hierfür sind möglicherweise mehr internationale Hilfen und gemeinsame logistische Anstrengungen erforderlich, um die Nahrungsmittel zu transportieren und an bedürftige Länder zu verteilen. Die Fehler bei der weltweiten Verteilung von Impfstoffen dürften uns allen noch im Gedächtnis sein. Wir sollten daraus lernen.

Zweitens hat die Inflation eine starke Umverteilungswirkung. Sie hilft zwar beim Abbau von Schulden wie etwa der Staatsverschuldung, lässt aber gleichzeitig die Realeinkommen, die Ersparnisse und die Kaufkraft schrumpfen. Inflation kann zudem die Unternehmensgewinne drücken und dadurch die Möglichkeiten der Unternehmen beschneiden, Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Lasten der Inflation müssen von Menschen und Unternehmen gemeinsam getragen und gerecht auf Gewinne und Löhne verteilt werden. Zu den Aufgaben der Regierungen gehört es, gezielt Bevölkerungsgruppen zu unterstützen, die am meisten unter den Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Energie leiden.

Auch die Geld- und die Fiskalpolitik müssen auf diese außergewöhnlichen Umstände abgestimmt werden.

Global gesehen scheinen die aktuell hohe Inflation und Beschäftigung darauf hinzudeuten, dass kein Bedarf an akkommodierender Geldpolitik mehr besteht. In vielen Regionen jedoch ist die Inflation auf steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise zurückzuführen. Selbst wenn die Geldpolitik nicht in der Lage ist, diesen Angebotsschocks entgegenzuwirken, kann sie signalisieren, dass sie einen weiteren Anstieg oder eine weitere Ausbreitung der Inflation nicht zulassen wird. Eine Rücknahme der geldpolitischen Akkommodierung ist daher weltweit gerechtfertigt, sollte aber in Europa, wo die Inflation vorwiegend angebotsinduziert ist, besonders behutsam angegangen werden. In Regionen hingegen, in denen die Inflation auf einer allzu starken Nachfrage beruht, wie z. B. in den Vereinigten Staaten, kann die Geldpolitik schneller gestrafft werden, um die übermäßige Nachfrage zu bremsen.

Die fiskalpolitische Steuerung ist besonders komplex. Angesichts der aktuellen Wachstums-, Beschäftigungs- und Inflationsentwicklung sind flächendeckende Einkommensmaßnahmen nicht mehr notwendig und sollten durch zielgenauere Unterstützung ersetzt werden. Der Krieg in der Ukraine erzwingt höhere öffentliche Investitionen in Verteidigung und mehr Tempo bei der Energiewende. Gleichzeitig besteht Investitionsbedarf in anderen Bereichen, beispielsweise für Gesundheit, Digitalisierung, die Herausforderungen der Bevölkerungsalterung sowie Bildung. Angesichts der anhaltend hohen Staatsverschuldung können die nötigen zusätzlichen Ausgaben deshalb nicht problemlos gestemmt werden. Eine stärkere Priorisierung der Staatsausgaben ist daher unumgänglich. In Europa ist wegen der Integration der Region und ihrer besonderen Betroffenheit von dem Krieg in der Ukraine mehr Solidarität bei Verteidigungs- und Energieausgaben gefordert.

Der Krieg hat gezeigt, wie eng Energieversorgungssicherheit und Klimaschutz miteinander verflochten sind. Die Regierungen müssen eine andere Gangart anschlagen, um die Energiewende zu beschleunigen. Ihre erste Reaktion angesichts einer möglichen Energieversorgungskrise bestand darin, unter Hochdruck alternative Bezugsquellen für fossile Brennstoffe zu organisieren und die Kohlenutzung zu steigern. Dies kann aber nur eine Übergangslösung sein, denn schließlich benötigt die Welt genau das Gegenteil: einen raschen Ausbau der Investitionen in saubere Energien, damit ihr Anteil am Energiemix möglichst schnell steigt. Saubere Energie erfordert jedoch Vorprodukte, mineralische Rohstoffe und Zwischenprodukte aus aller Welt. Kurz gesagt: Je sauberer die Energie, desto umfangreicher und geografisch diversifizierter müssen die Wertschöpfungsketten sein. Klimaschutz kann nur mit offenem Handel und krisenfesten globalen Wertschöpfungsketten gelingen.

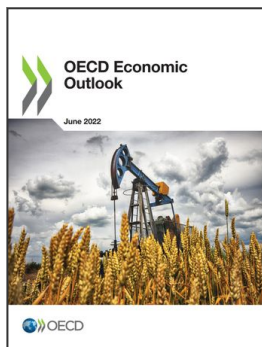
Russlands Angriff auf die Ukraine kommt die Welt bereits jetzt teuer zu stehen. Die Verteilung dieser Lasten auf die einzelnen Länder und die Bevölkerung hängt nun maßgeblich von den Entscheidungen der Politik und der Bürger*innen ab.

8. Juni 2022



Laurence Boone

Chefvolkswirtin und Stellvertretende Generalsekretärin der OECD



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 1

Access the complete publication at:

<https://doi.org/10.1787/62d0ca31-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2022), "Editorial: Der Preis des Kriegs", in *OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/b75553ca-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.